V-70 Raus aus der Atemlosigkeit: Mehr Bürgerbeteiligung, Stärkung der Parlamente, weniger Macht für den Bundeskanzler

Antragsteller*in:	Omid Nouripour (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine vorausschauende und zukunftsfähige Politik, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird. Die Herausforderungen - vom Klimaschutz über Digitalisierung bis zu sozialer Gerechtigkeit und globaler Sicherheit – sind komplexer denn je. Zugleich erleben wir eine zunehmend aufgeheizte politische und gesellschaftliche Debattenkultur, in der Differenziertheit oft verloren geht und Politik pauschal verächtlich gemacht wird.

Diese Entwicklung setzt unsere parlamentarische Demokratie unter Druck wie nie zuvor in der Nachkriegszeit. Kurzfristiges Denken und symbolische Politik gewinnen an Gewicht, während strategische und langfristige Vorhaben auf der Strecke bleiben.

Die derzeitige vierjährige Legislaturperiode verschärft das Problem: Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen schalten Regierungen und Parteien bereits nach zweieinhalb Jahren wieder in den Wahlkampfmodus. Strategie und Nachhaltigkeit werden dem kurzfristigen vermeintlichen Geländegewinn geopfert, sodass symbolische Politik immer mehr an Gewicht zunimmt. Das schadet nicht nur der Qualität politischer Entscheidungen, sondern unterminiert auch das Vertrauen der Bürger*innen in verantwortungsbewusstes Regierungshandeln.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stehen für eine politische Kultur, die auf Dialog, Bürgerbeteiligung und die Stärkung der Parlamente setzt – und nicht auf Machtkonzentration im Kanzleramt. Unser Ziel ist eine Politik, die wieder mehr Raum für Denken, Debatte und nachhaltiges Handeln lässt.

Komplexe Herausforderungen lassen sich nicht in den bisherigen Wahlzyklen nachhaltig lösen. Demokratie muss sich durch Problemlösungen legitimieren und nicht durch Wahlkampfrhetorik. Dafür braucht Politik ein festeres Fundament und mehr Beteiligung der Bürger*innen. Eine Verlängerung der Legislaturperiode im Bund auf fünf Jahre kann zu mehr Besonnenheit und Stabilität beitragen – unter der klaren Voraussetzung, dass gleichzeitig die direkte Bürgerbeteiligung gestärkt wird.

Für eine Politik jenseits der Atemlosigkeit und für ein besseres demokratisches Regieren fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- Eine Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestages auf 5 Jahre

- Begrenzung der Amtszeiten der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers auf zwei Legislaturperioden

- Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahren für alle Parlamente

- Gleichberechtigte Repräsentanz der Geschlechter in den Parlamenten

- Überprüfung der Zulässigkeit der Veröffentlichung von Wählerbefragungen nach Beginn der Briefwahl

- Stärkung der Formen direkter Bürgerbeteiligung, beispielsweise von Bürgerräten

- Reform der Wahlkreise: Aus jedem Wahlkreis müssen Abgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen können. Die Besetzung der Wahlkreiskommission muss auch die Vertretung aus ostdeutschen Bundesländern gesetzlich vorschreiben.

Begründung

Die bisherigen Regelungen sind nicht mehr zeitgemäß. Die komplexen Herausforderungen unserer Zeit erfordern neue Wege der Lösungsfindung jenseits der Atemlosigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine lebendige Demokratie, die auf Vertrauen, Transparenz und Mitwirkung beruht. Deshalb gilt es gerade jetzt, Verantwortung zu übernehmen und für Strukturen einzutreten, die politische Prozesse entschleunigen und zugleich die Qualität demokratischer Entscheidungen stärken

weitere Antragsteller*innen

Natascha Kauder (KV Frankfurt); Daniela Stankewitz (KV Frankfurt); Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt); Christian Marx (KV Frankfurt); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Laila Weigand (KV Frankfurt); Christoph Sippel (KV Schwalm-Eder); Tanja Meyer (KV Vechta); Laura Lilith Leonhardt (KV Frankfurt); Gabriele Trah (KV Frankfurt); Lena Koop (KV Frankfurt); Michael Jahn (KV Esslingen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Matthias Schlegel (KV Ilm-Kreis); André Höftmann (KV Fürth-Land); Michael Kost (KV Erfurt); Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 44 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.